

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

SPD-Stadtratsfraktion setzt sich für den Erhalt der Flüchtlings- und Integrationsberatung ein!

Die SPD Stadtratsfraktion hat eine Erhöhung des Zuschusses an die freien Träger in der Flüchtlings- und Integrationsberatung auch in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften erreicht.

„Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich selbstverständlich dafür ein, dass die freien Träger in der Flüchtlings- und Integrationsberatung ihre wichtige Arbeit in den Gemeinschaftsunterkünften leisten können. Doch eigentlich wäre es die Aufgabe des Freistaats Bayern, gerade in den staatlichen Unterkünften und insbesondere in den AnKER-Dependancen für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen“, betont SPD-Fraktionsvorsitzende **Christine Kayser**.

In seinen Haushaltsberatungen hat der Nürnberger Stadtrat beschlossen, die Mittel von Seiten der Stadt für die Flüchtlings- und Integrationsberatung der freien Träger insgesamt zu erhöhen, damit neben der Beratung in den städtischen Gemeinschaftsunterkünften (GU) auch die Beratung in staatlichen GU und in den AnKER-Dependancen im Stadtgebiet Nürnberg bezuschusst werden kann. Insgesamt sind im städtischen Haushalt dafür 512.500 Euro vorgesehen.

„Es ist unstrittig, dass die Flüchtlings- und Integrationsberaterinnen und -berater eine elementare Rolle im Integrationsprozess der neu zu uns kommenden Menschen einnehmen. Sie sind die ersten, die Geflüchteten nach ihrer Ankunft in Nürnberg mit Rat und Hilfe zur Seite stehen. Sie sind auch die ersten, die Wissen über das Leben in Deutschland und die Grundwerte, auf denen unser Zusammenleben basiert, vermitteln“, erklärt SPD-Stadträtin **Diana Liberova**.

Die Finanzierung durch den Freistaat habe sich zwar verbessert, sei aber nach wie vor nicht ausreichend. Die Stadt Nürnberg leistet daher aus humanitären und sozialpolitischen Gründen einen freiwilligen Zuschuss, der durch das Referat für Jugend, Familie und Soziales administriert wird. Zugleich hat der Stadtrat erneut klargestellt, dass die Sicherstellung der Beratung dem Grunde nach Aufgabe des Freistaats Bayern wäre.

Bereits vor mehreren Jahren hatte die SPD-Stadtratsfraktion auf diesen Umstand hingewiesen. Damals stand sogar im Raum, dass sich freie Träger aufgrund der mangelhaften Finanzierung aus der Beratung zurückziehen müssen. Auch jetzt hatten Träger angekündigt, angesichts der finanziellen Lücke die Beratung zu reduzieren. Die Frage, ob im Stadtgebiet untergebrachte Geflüchtete Zugang zu einer Beratung haben, darf aber nicht dem Zufall unterliegen, daher strebt das Sozialreferat eine bedarfsgerechte Verteilung der Stellen im Stadtgebiet an.

„Gerade in diesen Zeiten kommt es auf gelingende Integration an. Während andere das Thema Migration für ihre Zwecke missbrauchen, löst die SPD die Probleme der Menschen. Wir sind es, die Integration fördern und Menschenrechte unterstützen“, so **Kayser**.

Nürnberg, 21. Dezember 2023

Kontakt:

Christine Kayser: 0172 8923791
Diana Liberova: 0172 2494293